

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 0886846 ppbn d

## Inhalt

Andreas von Bülow, Bundesforschungsminister, zum Dialog mit seinem DDR-Amtskollegen: Mit viel Geduld auf dem Weg zur Kooperation. Seite 1

Renate Lepsius MdB kritisiert einen Vorstoß des Bundeswehr-Generalinspektors zur Diskussion um den Frauen-Dienst: Parlamentarier müssen entscheiden. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB wendet sich gegen Pläne, eine Autobahngebühr einzuführen: Autofahrer nicht stärker belasten. Seite 5

Wilhelm Nöbel MdB würdigt ein wissenschaftliches Gutachten um den Streit über das Kabel-Material: Vorrang für Glasfaser. Seite 6

37. Jahrgang / 127

8. Juli 1982

### Wille zur Kooperation

-----  
Zum Besuch des DDR-Wissenschaftsministers Dr. Weiz

Von Dr. Andreas von Bülow MdB  
Bundesminister für Forschung und Technologie

Im Grundlagenvertrag und Zusatzprotokoll von 1972 haben sich die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik verpflichtet, "zum beiderseitigen Nutzen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik zu entwickeln und die hierzu erforderlichen Verträge abzuschließen." Der Besuch, den uns der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister für Wissenschaft und Technik, Dr. Herbert Weiz, vom 6. bis 9. Juli abstattet, macht deutlich, daß auch in der DDR der Wille besteht, Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auszuloten und schrittweise die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Natürlich kann sich dieser Prozeß nicht abgekoppelt von der politischen Großwetterlage zwischen Ost und West vollziehen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet Wissenschaft und Forschung ist sicher auch kein Motor, der festgefahrene Züge allein wieder flott macht. Dies kann nur die Gesamtpolitik leisten. Durch das Treffen von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am Werbellinsee sind neue Impulse gegeben. Sie gilt es aufzugreifen.

Wissenschaft und Forschung sind ein Feld, auf dem das Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der DDR an engen Kontakten durch Besuch und Gegenbesuch der zuständigen Fachminister deutlich wird. In meinem Gespräch mit Minister Dr. Weiz habe ich feststellen können, daß auf beiden Seiten der Wille besteht, die Verhandlungen über das Abkommen für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik in konstruktivem Geist fortzusetzen. Die nächste Verhandlungsrunde soll noch in diesem Jahr in Bonn stattfinden. Damit sollen entsprechend dem vom Grundlagenvertrag



erteilten Auftrag die Voraussetzungen für eine baldige Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten auch in den Natur- und Geisteswissenschaften und in der technischen Entwicklung geschaffen werden. Auf diesem Wege müssen allerdings noch eine Reihe von Problemen überwunden werden.

Die Forschungspolitik in beiden Staaten steht vor Aufgaben und Problemen, die ähnlich sind und das Interesse zur Zusammenarbeit mitbegründen. Ziel der Forschungspolitik dürfte es sein, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensstandard der Bürger zu verbessern. Dazu müssen wir unsere Volkswirtschaften modernisieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten und auszubauen. Hieraus ergeben sich Möglichkeiten, Felder zu finden, in denen zum Beispiel ein wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch nutzbringend stattfinden könnte. Aus meiner Sicht eignen sich Fragen einer sicheren Energie- und Rohstoffversorgung, der Verbesserung des Umweltschutzes und die Schaffung humaner Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen besonders gut. Auf dem Weg zu einer an den beiderseitigen Interessen und praktischen Notwendigkeiten orientierten Zusammenarbeit und in Vorbereitung einer künftigen, vertraglichen Regelung haben wir uns geeinigt, möglicherweise noch in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland ein gemeinsames Seminar zum Beispiel über nichtnukleare Energieforschung und zu einem späteren Zeitpunkt ein zweites Seminar zu einem anderen Thema in der Deutschen Demokratischen Republik abzuhalten.

Engere politische Beziehungen und geduldige, ohne Effekthascherei erarbeitete Erfolge sind gerade in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Wenn wir auch von der Verschiedenheit der Wirtschaftsverfassung, der politischen, wissenschaftlichen und sozialen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ausgehen müssen, sind gegenseitige Besuche sehr nützlich. Die Einladung von Minister Dr. Weiz zu einem Gegenbesuch habe ich daher angenommen. Persönliches Kennenlernen und Sachgespräche sind eine gute und notwendige Voraussetzung für eine Zusammenarbeit. Sie festigen und vertiefen die Beziehung zwischen unseren Staaten, nicht nur in wissenschaftlicher und kultureller, sondern auch in politischer Hinsicht. (-/8.7.1982/ks/rs)

+ + +



**Das Kuckucksei des Herrn Generalinspektors**  
-----

Die Politiker haben zu entscheiden, ob Frauen zur Bundeswehr gehen

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Ein bemerkenswerter Vorschlag aus diesen Tagen, der - wenn er verwirklicht wird - weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen haben dürfte, wurde nahezu überdeckt von den aktuellen Haushaltsdiskussionen: Ich meine die von der Kommission für Langzeitplanung unterbreitete Empfehlung, den freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr auszubauen.

Man könnte zunächst versucht sein, diesen Vorschlag, der "on the long run" konzipiert ist, solange zurückzustellen, bis die übrigen und auch wohl näherliegenden Kommissionsvorschläge zur Überwindung der Personalknappheit in der Bundeswehr verwirklicht worden sind. Nichts aber wäre falscher als dies. "Frauen und Bundeswehr" umreißt ein hochsensibles politisches Thema, dessen Brisanz weithin unterschätzt werden dürfte.

Wie eilbedürftig der politische Entscheidungsbedarf in dieser Frage ist, zeigt ein Interview des Generalinspektors der Bundeswehr, Jürgen Brandt, am 28. Juni 1982 im "Hamburger Abendblatt". Wir müssen dem General für seine decouvrierenden Ausführungen danken: Nicht nur dafür, daß er die Einbeziehung von 30.000 Frauen in die Bundeswehr für unverzichtbar hält, sondern auch für seinen aufschlußreichen Zeitplan: Wenn nämlich bis zum Ende der 80er Jahre für 30.000 Freiwillige eine Laufbahn in den Streitkräften offenstehen soll, müssen bis dahin weibliche Offiziere und Unteroffiziere ausgebildet werden. Konkret bedeutet dies nach Generalinspekteur Brandt, daß die ersten Offiziersanwärterinnen im Jahre 1985 gebraucht werden. Daraus folgt für mich als Parlamentarierin, daß noch in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden müssen.

Dies ist in der Tat ein bemerkenswertes Interview. Um Fehlentwicklungen auszuschließen, ist umgehend der Primat der Politiker sicherzustellen und die SPD-Bundestagsfraktion und ihre beiden zuständigen Arbeitsgruppen Sicherheitsfragen und Frauenpolitik mit einzuschalten. Es ist ohnehin schlimm genug, daß dies nicht bereits vor dem Interview des Generalinspektors geschah.

Die Frage, ob die Streitkräfte auch weiblichen Soldaten offenstehen sollen, ist in der Öffentlichkeit und vor allem unter den Frauen umstritten. Einen Frauenwehrdienst fordern die einen und begründen dies mit emanzipatorischen Überlegungen: Eine Frau sei erst dann gleichberechtigt, wenn auch im militärischen Bereich für Männer und Frauen gleiche Pflichten wie gleiche Rechte bestünden. Frauen als Soldatinnen werden nicht weniger vehement von anderen abgelehnt, die sich dabei auf Artikel 12 a GG stützen: Keine Frauen in bewaffneten Einheiten und keinerlei Dienstverpflichtungen für Frauen.

Nun haben wir es aber nicht nur mit diesen beiden Extrempositionen pro und contra Soldatinnen zu tun: Die Ablehnungsfront ist viel breiter angelegt. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen - oder zumindest weite Bereiche davon - lehnt aus pazifistischen Gründen auch den freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr ab.



Eine weitere Gruppe geht noch darüber hinaus und wendet sich bereits gegen die knapp 50.000 weiblichen Zivilbeschäftigten in der Bundeswehr, die ihrer Auffassung nach Soldaten entlasten und damit indirekt die Bundeswehr stärken. Die wenig realistischen Forderungen dieser Frauengruppe zielen darauf ab, den bei der Bundeswehr beschäftigten Frauen gleichwertige Arbeitsplätze bei zivilen Arbeitgebern anzubieten.

Von diesem breiten Meinungsspektrum her war die Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion sicherlich gut beraten, wenn sie bereits seit längerer Zeit Gespräche über diese Problematik mit der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums geführt hat. Von seiten der politischen Führung war zu hören, daß es nicht beabsichtigt sei, eine Wehrpflicht von Frauen einzuführen. Frauen sollten lediglich auf freiwilliger Basis bei den Teilstreitkräften eingesetzt werden, und zwar unter Beachtung der in Artikel 12 a GG gezogenen Grenzen. Bundesverteidigungsminister Hans Apel äußerte in diesem Zusammenhang Zweifel, ob der Vorschlag der Langzeitkommission, weibliche Freiwillige in nichtkämpfende Verbände aufzunehmen, verfassungsrechtlich unanfechtbar sei. Gleichzeitig kündigte der Bundesverteidigungsminister an, daß er die Bundesministerien des Innern und der Justiz um eine entsprechende Prüfung der Verfassungsmäßigkeit bitten wolle.

Das Ergebnis dieser Prüfung liegt noch nicht vor. Insofern gibt es auch keinerlei rechtliche oder politische Grundlagen dafür, daß uns der Generalinspekteur mit seinem Interview ein solches Kuckucksei ins (politische) Nest gelegt hat. Seine Äußerungen im "Hamburger Abendblatt" unterstellen, als sei schon alles entschieden, was der Bundesverteidigungsminister noch in Frage stellt.

Damit in dieser heiklen Frage nicht noch mehr Porzellan zerschlagen wird, ist die sofortige Einbeziehung des Fachreferats S I 6 im Bundesverteidigungsministerium erforderlich: Praktisch ist dies eine Frauenbeauftragtenstelle für die Bundeswehr, die einer Unterabteilung zugeordnet ist, die von einer Frau geleitet wird. Dort zumindest sollte man wissen, daß ein Interview wie das des Generalinspektors eher geeignet ist, die bei Frauen und Frauenverbänden gleichermaßen bestehende Abwehrhaltung noch zu bestärken.

Das Frauenreferat sollte daher an allen anstehenden Untersuchungen beteiligt werden, auch alternative Modelle entwickeln, wie der Personalknappheit der Bundeswehr zu begegnen ist. Dabei ist auch dem Gedanken, ein Frauencorps aufzustellen, nachzugehen. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Überlegungen, inwieweit eine Öffnung der Streitkräfte für weibliche Freiwillige möglich und dabei die Laufbahn nach oben nicht versperrt ist. Ausländische Erfahrungen belegen nur zu deutlich, daß Überall dort, wo Frauen im Wehrbereich mit herangezogen werden, ihnen ausnahmslos die untergeordneten Funktionen übertragen werden. Freiwilligen Soldatinnen 2. Klasse stimmt die Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion niemals zu.

(-/8.7.1982/ks/rs)

+ + +



**Autobahngebühren - nicht in Deutschland****Fahrer leisten bereits Finanzierungsbetrag über Mineralölsteuer****Von Klaus Daubertshäuser MdB****Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages**

Alle Jahre wieder, beginnend mit der Urlaubsreisewelle, wird auch das Thema Autobahngebühren erneut diskutiert. Eine verständliche Diskussion, werden doch deutsche Autofahrer in ihrem Urlaub im Ausland zur Kasse gebeten und ihr Urlaubsbudget mehr als erwartet geschmälert. Wäre es dann nicht gerecht, so die Frage an Regierung und Parlament, auch von ausländischen Autofahrern in Deutschland sozusagen als Gegenmaßnahme eine Autobahngebühr zu erheben?

Diese Forderung nach "Gleichbehandlung", so verständlich sie zunächst erscheint, ist jedoch vorschnell und führt nicht zu Gleichbehandlung. Aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungssysteme für den Autobahnbau bei uns und im Ausland ergeben sich nämlich unterschiedliche Tatbestände. Zwei Finanzierungssysteme stehen sich gegenüber. Bei uns werden die Autobahnen über einen Teil der Mineralölsteuer finanziert, im Ausland dagegen zum Teil über die Autobahngebühren.

Bei uns führt dieses System dazu, daß alle Benutzer der Autobahn für Bau und Unterhaltung aufkommen, mit jeder Tankfüllung bezahlen sie ja Mineralölsteuer. Und dies gilt für ausländische Autofahrer ebenso wie für deutsche, denn beide tanken ja auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Ausland zahlen auch alle Autobahnbenutzer für Finanzierung und Unterhalt der Autobahnen, aber eben mit der Autobahngebühr.

Eine Schlechterstellung deutscher Autofahrer im Ausland gegenüber den dort einheimischen Autofahrern liegt also nicht vor. Beide zahlen ja Autobahngebühren. Auch bei uns ist eine Schlechterstellung deutscher Autofahrer gegenüber Ausländern nicht zu erkennen, beide zahlen ja Mineralölsteuer und tragen so zur Finanzierung der Autobahnen bei.

Eine Autobahngebühr nur für Ausländer wäre also kaum gerechtfertigt, im Übrigen wäre eine solche diskriminierende Maßnahme nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft nicht zulässig. Es bliebe nur die Einführung einer Autobahngebühr für Deutsche und Ausländer. Ist dies aber zu verwirklichen oder anders gefragt, wäre das überhaupt wünschenswert?

Diese Frage kann mit einem klaren Nein beantwortet werden. Eine Autobahngebühr, wie im Ausland beim Einfahren oder Verlassen der Autobahn erhoben, brächte beinahe mehr Verwaltungsaufwand und damit Kosten, als an Einnahmen erhoben werden könnte. Auch andere Lösungen, etwa ein Plakettensystem, wäre nicht zu rechtfertigen. Und ein kostenorientierter Autofahrer würde natürlich die nichtgebührenpflichtigen nachgeordneten Straßen wie Bundes- und Landstraßen benutzen. Verbunden damit wäre ein Verlust an Verkehrssicherheit.

Auch wenn man diesen Argumenten nicht unbedingt folgen wollte, bliebe doch eins: die Notwendigkeit der Gleichbehandlung von deutschen und ausländischen Autofahrern. Eine Autobahngebühr in Deutschland für deutsche Autofahrer? Das kann doch wohl niemand wollen! Dies hätte nur zum Ergebnis eine erneute Belastung der deutschen Autofahrer. Wir aber können und wollen den Autofahrer nicht mehr belasten. (-/8.7.1982/h1/rs)

+ + +



**Streit ums Kabel-Material**  
-----

**SPD kann sich Wissenschaftler-Votum zu eigen machen**

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Unter dem Titel "Zwischenbilanz zur Einschätzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken" erscheint jetzt in der Reihe "Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Arbeitsberichte" des Heinrich-Hertz-Instituts das Ergebnis der jüngsten Diskussionsveranstaltung im Bundesinnenministerium.

Das Schlagwort "Kabelfernsehen" geistert seit etwa sieben Jahren durch die bundesdeutsche Publizistik und hat bisweilen auch zu fast militanten parteipolitischen Auseinandersetzungen geführt. Bis heute hat jedoch die breite Öffentlichkeit immer noch nicht verstanden, um was es eigentlich geht. Kurz gesagt, darum: Soll bis zum Einsatz der zukunftsweisenden Glasfasertechnik die Bundesrepublik mit dem gängigen Kupferkabel verkabelt werden oder nicht?

CDU/CSU und ein Teil des interessierten mittelständischen Gewerbes meinen ja. Die SPD will die Verkabelung mit Kupfer in der Zwischenzeit wie bisher am Bedarf orientiert sehen, weil sie auf die Glasfaser setzt. Ziel ist ein Netz, in dem dann sowohl alle heutigen und künftigen Fernmeldedienste als auch die Hörfunk- und Fernsehprogramme übertragen werden können.

Die neue Studie des international anerkannten Heinrich-Hertz-Instituts bemüht sich, über die Enge der medienpolitischen Diskussion hinauszuführen und einen Weg aufzuzeigen, der für alle Parteien gangbar sein sollte.

Für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft streiten alle: SPD, CDU/CSU und FDP.

Wer zwischen den Zeilen liest, findet hier den Hinweis der Wissenschaftler auf einen gemeinsamen Nenner. Die Schlußfolgerung der Studie wird sich allerdings die SPD am leichtesten zu eigen machen können: "Wenn man die Frage des zukünftigen Ausbaus der nachrichtentechnischen Infrastruktur so betrachtet, wie es in den Thesen dargestellt ist, so läßt sich ein über das Maß der notwendigen Empfangsverbesserung hinausgehender zügiger Ausbau des breitbandigen Verteilnetzes mit einem in die mehrere Zehn-Milliarden gehenden Investitionsvolumen nicht empfehlen. Dagegen wäre ein möglichst baldiger Übergang aus den integrierten schmalbandigen Vermittlungssystemen in die breitbandigen Vermittlungssysteme sowohl technologie- und innovationspolitisch als auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch das zu präferierende Vorgehen."

Das heißt im Klartext: Eine Verkabelung in Kupfer ist nicht sinnvoll.

Die hier empfohlene Netzausbaustrategie ermöglicht Innovation und technischen Fortschritt und stärkt damit die Position unserer Kommunikationsindustrie auf dem Weltmarkt.

(-/8.7.1982/ks/rs)

+ + +

